



Presseschau vom 15.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft in Berlin: Focus entschuldigt sich für Putin-Beleidigung**

Der Chef-Redakteur des deutschen Wochenmagazins Focus hat sich für die Beleidigung vom russischen Präsidenten Wladimir Putin entschuldigt. Dies meldet die russische Botschaft in Berlin.

Der Leiter des Presse- und Kommunikationsdienstes der russischen Botschaft in Deutschland, Denis Mikerin, hat auf seinem Facebook-Account geschrieben, dass der Chef-Redakteur von Focus, Robert Schneider, die Botschaft am Donnerstag angerufen und sich für die Beleidigung von Putin entschuldigt habe.

Er habe persönlich sein Bedauern über die letzten Äußerungen des Magazins in Richtung des russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgedrückt.

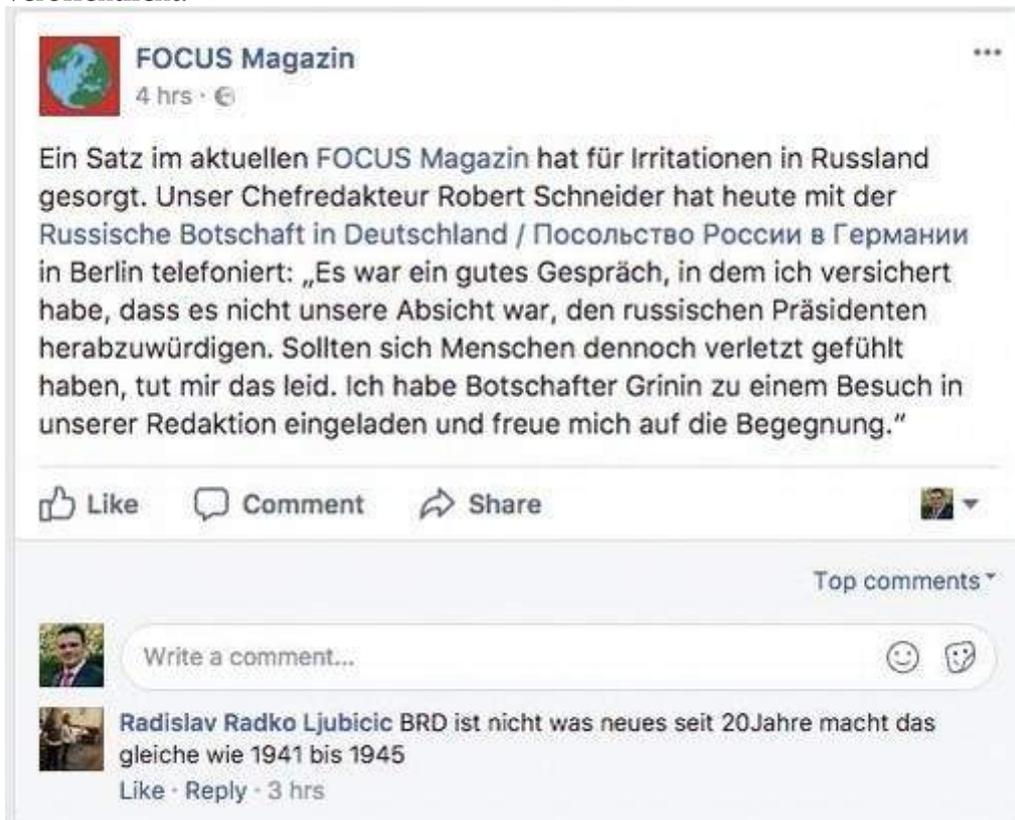
Schneider habe versichert, es sei nicht die Absicht der Redaktion gewesen, Putin herabzuwürdigen.

"Sollten sich Menschen dennoch verletzt gefühlt haben, tut mir das leid. Ich habe Botschafter Grinin zu einem Besuch in unserer Redaktion eingeladen und freue mich auf die Begegnung“, so Schneider.

Mikerin äußerte weiter via Facebook, dass dieser Schritt von Focus auf jeden Fall ein Grund für ein Weiterführen des Dialogs sei.

Ob dies eher ein kurzes Aufflammen oder doch eher wie ein Lichtstrahl in einem dunklen Zarenreich sei, werde die Zeit zeigen.

Das deutsche Wochenmagazin Focus hat im Facebook die Entschuldigung ebenfalls veröffentlicht:



https://scontent-t-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/21743114_10207744099479875_25371939664175819_n.jpg?oh=ef26181945702b6cac72bc93a57930ba&oe=5A58DF32

armiyadnr.su: Information des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR

Der „Schulwaffenstillstand“ ist eine weitere fiktive Verpflichtung geworden, die die ukrainische Seite übernommen hat. Wir stellen eine **Zunahme der Zahl der Verletzungen** aus Richtung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Einheiten fest. Im Verlauf des gestrigen Tages war die größte Zuspitzung der Lage im Gebiet von Donezk und den umliegenden Ortschaften zu bemerken, die zum Abend zu einem massiven Mörserbeschuss überging.

Grundlegende Ursache der Nichteinhaltung des Regimes der Feueinstellung durch die ukrainische Seite war die Weigerung des Kommandos, die Befehle über die Verstärkung der Verantwortlichkeit der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte für nicht sanktionierte Beschüsse zu veröffentlichen und auszuführen. Die Tatsache, dass der Befehl über eine strenge Einhaltung des Waffenstillstands und eine Bestrafung für dessen Nichteinhaltung nicht an die Untergebenen übermittelt wurde, bestätigen auch Vertreter der OSZE-Mission. Faktisch hat das ukrainische Kommando mit seiner verbrecherischen Untätigkeit seinen Untergebenen, die täglich die Streitkräfte der DVR zur Erwidern des Feuers provozieren wollen, freie Hand gegeben.

Außerdem führen die ständigen Versprechungen der Regierung der Ukraine und die Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen zur Erhöhung des Solds der Soldaten dazu, dass die ukrainischen Kämpfer vorsätzlich das Regime der Feueinstellung verletzen, um Zuschläge für Mord oder zerstörte Technik zu erhalten. Aber unter diesen Straftatigkeiten der ukrainischen Truppen leiden friedliche Einwohner der Republik, was den Bürgerkrieg in ein Genozid an der Bevölkerung des Donbass verwandelt.

vormittags:

de.sputniknews.com: „Hysterie“: „Spiegel“-Journalisten üben Kritik an Gabriel wegen RT-Interview

Der TV-Sender RT hat erklärt, dass die Journalisten der deutschen Zeitschrift „Der Spiegel“ den Außenminister Sigmar Gabriel bei einem Gespräch mit ihm für sein Interview mit dem russischen Fernsehsender kritisiert haben.

Bei einem Interview für die Zeitschrift „Der Spiegel“ wurde Gabriel danach gefragt, ob sein Interview für den russischen TV-Sender RT Deutsch ein Versuch sei, noch Wählerstimmen zu gewinnen.

Darauf antwortete er: „Wenn es so wäre, was wäre daran auszusetzen? Wir müssen uns doch als deutsche Politiker daran gewöhnen, dass es nicht nur unsere etablierten Medien gibt. Zum einen sind da die sozialen Netzwerke, zum anderen auch ausländische TV-Sender, die Programme in deutscher Sprache machen.“

Gabriel betonte dabei: „Wir reden auch mit anderen, wie mit Al Jazeera, und warum nicht auch mit chinesischen Sendern? Und zu RT: Deren Zuschauer will ich jedenfalls nicht der AfD überlassen.“

Zudem sagte er: „Jedenfalls erreiche ich da Menschen russischer Herkunft, die bei uns in Deutschland leben und nicht SPIEGEL ONLINE lesen.“

Die Chefredakteurin von Sputnik und RT, Margarita Simonjan, kommentierte ebenfalls die Reaktion der Zeitschrift „Der Spiegel“:

„Der Spiegel‘ hat Hysterie – Deutschlands Außenminister hat sich erdreistet, ein Interview für RT zu geben.“

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hatte zuvor in einem Gespräch mit RT Deutsch seine Hoffnung geäußert, dass in die Beziehungen zwischen Russland und Europa Frieden einkehren werde.

Ukrinform.ua: Präsident: Warenumsatz mit der EU hat \$ 25 Milliarden erreicht

Im Laufe von 8 Monaten des Jahres 2017 sei der Warenumsatz zwischen der Ukraine und der EU im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel gestiegen und betrage nun 25 Milliarden US-Dollar, erklärte heute der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, während des 14. jährlichen internationalen Forums „Yalta European Strategy – YES“.

„Die vertiefte und umfassende Freihandelszone hat uns ermöglicht, unseren Außenhandel zu restrukturieren und den Anteil des europäischen Marktes bis zu 40 % zu erhöhen. Im Laufe von acht Monaten dieses Jahres ist unser Warenumsatz im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel gestiegen und beträgt 25 Milliarden US-Dollar“, erklärte der ukrainische Präsident. Er fügte weiter hinzu, die Ukraine gestalte ihre Wirtschaft und Infrastruktur um. Gleichzeitig hat Poroschenko das visafreie Regime mit der EU erwähnt.

„Die ukrainische Gesellschaft hat verstanden, dass die Annäherung an die EU ein starker Faktor für die Bewahrung und Stärkung der Souveränität, Sicherheit und des Wohlstandes ist. Unsere nächste gemeinsame Aufgabe soll die Synchronisierung der ukrainischen Bestrebungen und europäischen und euroatlantischen Möglichkeiten werden“, sagte er.

Dnr-online.ru: In der DVR werden Maßnahmen zur Reparatur der Außenbeleuchtung durchgeführt. Dies berichtete der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Roman Misewitsch.

„Seit Anfang des Jahres wurden in der DVR von städtischen und bezirklichen Spezialunternehmen 158 Kilometer Stromnetz für Außenbeleuchtung und fast 2800

Straßenlaternen repariert, die aufgrund von Beschüssen, Verschleiß oder aus anderen Gründen nicht mehr funktionsfähig waren“, berichtete der stellvertretende Minister.

Die meisten Arbeiten zur Reparatur der Stromnetze fanden in Donezk statt, wo seit Anfang des Jahres 38 Kilometer Stromnetz repariert wurden.

Die meisten Arbeiten zur Reparatur oder Austausch von Straßenlaternen fanden in den großen Städten der Republik statt: in Makejewka wurden 862 Straßenlaternen repariert, in Donezk 581. Es wurden Lampen, Lampenschalen, Leitungen und Strompfeiler ersetzt.

de.sputniknews.com: Lawrow-Tillerson-Telefonat: Was stand auf der Agenda?

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat ein Telefongespräch mit seinem amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson geführt, wie das russische Außenministerium mitteilt.

„Am 14. September hat auf Initiative der USA ein Telefongespräch zwischen dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem amerikanischen Außenminister Rex Tillerson stattgefunden“, heißt es aus dem russischen Ministerium.

Lawrow und Tillerson besprachen demnach die Perspektiven des weiteren Zusammenwirkens zur Regelung des syrischen Konflikts mit Fokus auf eine stabile Handhabung der Deeskalationszonen.

Die Deeskalationszonen sind das Schlüsselthema bei den aktuellen Verhandlungen in Astana, die am Mittwoch begonnen haben.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zehnmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Donezkij, Kalinowo, Krasnyj Jar, Shelobok, Sokolniki und Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: Operative Informationen über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung **37 Mal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **15 Ortschaften der Republik** mit Mörser, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Poroschenko erklärt sich zum „Präsidenten des Friedens“**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat sich selbst als Präsidenten des Friedens bezeichnet, wie russische Medien unter Berufung auf seine Erklärung bei der Eröffnung des Forums „Jaltaer europäische Strategie“ berichten.

„(...)Der Aggressor zahlt einen viel höheren Preis, falls er die Minsker Abkommen verletzen und meine Truppen attackieren sollte, das ist absolut ehrlich. Wir wollen aber den Frieden, und ich bin ein Präsident des Friedens“, erklärte Poroschenko.

Zudem hatte Poroschenko erneut erklärt, dass Kiew seinen Weg zur EU- und Nato-Mitgliedschaft weiter gehen werde.

Im März 2016 hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärt, die Ukraine werde mit Sicherheit in den nächsten 20 bis 25 Jahren kein Mitglied der EU werden können. Das gelte auch für einen Nato-Beitritt.

Am 23. August hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei den Feierlichkeiten anlässlich des ukrainischen Tages der Staatsflagge erklärt, die Ukraine werde alles Mögliche unternehmen, um ein Mitglied der EU und der Nato zu werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30179/00/301790010.jpg>

Dnr-online.ru: In der DVR wurde die Bildung eines einheitlichen Stromlieferungsunternehmens abgeschlossen, in das Unternehmen, die unter äußerer Leitung der Republik stehen, aufgenommen wurden.

„Gemäß einem Erlass des Oberhauptes der DVR wurde die Vereinigung von fünf Energieunternehmen abgeschlossen, die unter äußere Leitung gestellt wurden – dies sind „Donezkoblenergo“, „Hochspannungsnetze“, „PES-Energougol“, „Elektronaladka“ und „TEK-Servis“. All diese Unternehmen sind in das republikanische Unternehmen „REK“ übergegangen“, teilte der Generaldirektor des Republikanischen Unternehmens „REK“ Eduard Armatow mit.

Über die Ziele und Aufgaben der Umstrukturierung berichtete der stellvertretende Kohle- und Energieminister der DVR Alexandr Fjodorow.

„Nach Einführung der äußeren Leitung ist gleich das Problem der Zersplitterung dieser Unternehmen aufgekommen. Durch einen Erlass des Ministerrats wurden für die Unternehmen ukrainischer Jurisdikation Administratoren ernannt, was es erlaubte, nicht nur den Verwaltungsapparat zu optimieren, sondern auch die ökonomische Effektivität der Arbeit“, erklärte der stellvertretende Minister.

Der Generaldirektor des republikanischen Unternehmens „Energija Donbassa“ unterstrich, dass in allen Unternehmen unter äußerer Leitung eine strenge Kontrolle der Erfüllung der sozialen Garantien gegenüber den Arbeitern erfolgt. „Mit der Aufnahme des Suewsker Kraftwerks in das republikanische Unternehmen „Energija Donbassa“ wurde die Bildung eines stromerzeugenden Unternehmens der DVR erfolgreich abgeschlossen. Dabei muss gesagt werden, dass kein einziger Mensch dabei entlassen wurde, im Gegenteil – wir schaffen neue Arbeitsplätze, die Löhne werden rechtzeitig gezahlt“, sagte er.

nachmittags:

[ukrinform.ua: Kutschma: Sanktionen gegen Russland müssen verschärft werden](#)
[Der Vertreter der Ukraine bei der Trilateralen Arbeitsgruppe zur Lösung der Situation im](#)

Donbass, Leonid Kutschma, sagte heute vor Journalisten während der YES-Konferenz, dass man die Wirtschaftssanktionen gegen Russland verschärfen muss.

„Die Wirtschaftssanktionen auf dem Niveau, so wie sie jetzt sind, wird Russland durchstehen. Die Sowjetunion hat 50 Jahre des Kalten Krieges durchgehalten und deshalb wird Russland auch diese Sanktionen verkraften“, sagte Kutschma.

Um Russland zu beeinflussen, müsse man die wirtschaftlichen Sanktionen verschärfen, stellte er fest.

Dan-news.info: Bericht des Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR
In der letzten Woche sind beim Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR **zwei Meldungen über Festnahmen** eingegangen.

Eine Frau, geb. 1963, wurde im August dieses Jahres festgenommen, ein Mann wurde im Tscherkasskij-Oblast festgenommen. „Alle Festnahmen erfolgten durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine.

de.sputniknews.com: **Hybrid-Krieg gegen Russland: Mehr als 100.000 nach Bombendrohungen evakuiert**

Kurz vor Beginn der russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad 2017“ ist Russland von Fake-Terroristen attackiert worden, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Der Beginn der russisch-weißrussischen Übungen kennzeichnete sich unerwartet durch das Auftauchen eines realen Gegners – des Telefonterrors. Die Anrufe mit Mitteilungen über das Verminen von Dutzenden Objekten in ganz Russland erwiesen sich als Fake. Doch sie haben die Situation in vielen Städten destabilisiert, darunter in Moskau. Bislang gab es keine ausführlichen Erklärungen von den Sicherheitsbehörden. Es wurden Strafverfahren wegen Terrorgefahr eingeleitet.

Das Ausmaß der Aktion beeindruckt. Allein am Dienstag wurden nach Medienangaben wegen derartigen Anrufen in Omsk, Stawropol, Juschno-Sachalinsk, Magadan, Wladiwostok, Perm, Kaliningrad, Krasnojarsk, Jakutsk sowie in anderen Städten Menschen aus mehr als 200 zivilen Objekten in Sicherheit gebracht.

In Moskau wurden am Mittwoch rund 50.000 Menschen in Sicherheit gebracht. Am Donnerstag mussten in Moskau und Sankt Petersburg wegen der Berichte über angebliche Bomben mehr als 100.000 Menschen evakuiert werden.

Nach verschiedenen Einschätzungen lagen die Verluste der Unternehmen wegen der Telefon-Terroristen allein in Moskau bei mehr als 170 Millionen Rubel. Anscheinend sind an den Versuchen, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Sicherheitsdienste zur Arbeit zu bewegen, äußere Kräfte beteiligt. Laut einer Quelle in den Rechtsschutzorganen gibt es Informationen, dass Anrufe aus der Ukraine erfolgten. Zugleich meinen viele Experten, dass die Terroristen mithilfe von zahlreichen Services der IP-Telefonie vorgegangen wären, was anonyme Anrufe per Internet aus jedem Ort der Welt ermögliche, wobei die Bestimmung des Ortes, wo der Anruf getätigt wurde, sehr schwierig sei.

Damit stößt Russland de facto auf eine Erscheinung, bei der mithilfe von Internettechnologien der Versuch unternommen wurde, die Bevölkerung und die Behörden des Landes massiv zu beeinflussen. Inwieweit dieser Versuch erfolgreich war, ist schwer zu erkennen.

Laut dem Sicherheitsexperten Andrej Massalowitsch handelt es sich bei den Bomben-Anrufen um einen neuen Typ von Hackerangriffen, die auf die Destabilisierung in Russland gerichtet sind. Ihm zufolge wird der Höhepunkt dieser Aktivitäten auf das Jahr 2018 entfallen, in dem die Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Der Cybersicherheitsexperte Alexander Owtschinnikow meint, dass die Bombenanrufe ein Element des Hybrid-Kriegs seien. Sie seien von Sicherheitsdiensten der dem Land unfreundlich gesinnten Länder provoziert worden, um die Arbeit der örtlichen Machtorgane,

des Innenministeriums und anderer Sicherheitsbehörden zu torpedieren. Das Ziel der Attacke sei es, der Organisation des Manövers „Zapad 2017“ zu schaden.

„Diese Manöver wurden strategisch genannt, weil sie mehrere Regionen Russlands umfassen. Daran nehmen nach offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums die höchste militärpolitische Führung und operative Gruppen anderer Sicherheitsbehörden teil – des Innenministeriums, der Nationalgarde, des FSB und des Zivilschutzministeriums Russlands“, so der Experte.

„Wir wissen nicht, ob Hackerangriffe auf Organe der Militärverwaltung Russlands verübt wurden. Doch die massiven Aktivitäten der Fake-Telefonterroristen fielen zeitlich mit dem Beginn der Manöver der Nato, der Ukraine und anderer Länder an der Grenze zu Russland zusammen.“ In Estland gebe es das Nato-Zentrum für Cybersicherheit, in Lettland das Zentrum der Allianz für strategische Kommunikationen. Kurz vor dem Manöver „Zapad 2017“ hatte der estnische Premier Jüri Ratas gesagt, dass sein Land zusammen mit Verbündeten das Manöver aufmerksam verfolgen und bei Bedarf reagieren werde. Doch wie reagiert werden würde, wurde nicht gesagt. „Wir wissen jedoch, dass Cyber-Kriege im Arsenal der Nato-Strategen auf Platz eins stehen. Die Nato schaltet auch die Ukraine in diesen Prozess ein“, so der Experte.

de.sputniknews.com: **Poroschenko erwägt internationale „Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation“**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Freitag beim Forum „Jaltaer europäische Strategie“ in Kiew die Bildung einer internationalen „Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation“ initiiert. Das berichtet der TV-Sender „112 Ukraina“.

„Wir genießen eine koordinierte Unterstützung unserer Partner in der ganzen Welt. Ich möchte heute die Idee zur Bildung einer internationalen ‚Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation‘ vorschlagen, um gemeinsame Handlungen koordinieren zu können“, sagte Poroschenko.

Er will seine Initiative nach eigenen Angaben bei der Sitzung der UN-Vollversammlung in New York vorstellen.

Die jährliche Tagung der UN-Vollversammlung hatte am 12. September in New York begonnen.

Die Behörden in Kiew erkennen das auf der Krim am 16. März 2014 durchgeführte Referendum über die Wiedervereinigung mit Russland und die nachfolgende Eingliederung der Halbinsel in den Bestand der Russischen Föderation nicht an und betrachten die Krim weiterhin als einen Bestandteil der Ukraine. Die Regierung in Kiew hält die Krim weiter für ein ukrainisches, zeitweilig „okkupiertes Territorium“. Ausländer und Personen ohne Staatsbürgerschaft dürfen die Krim laut den ukrainischen Gesetzen nur mit einer speziellen Erlaubnis über Grenzkontrollpunkte besuchen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

In der letzten Woche wurden Maßnahmen zur Erhöhung der professionellen Fertigkeiten der Soldaten und des kommandierenden Personals der Einheiten der Abteilungen der Volksmiliz durchgeführt. Im Verlauf gemeinsamer Kommandostabsübungen wurden Fragestellungen bearbeitet, um die Einheiten auf ein höheres Niveau der Kampffähigkeit und der Zusammenarbeit im Verlauf der Verteidigung zu bringen.

Auf den Truppenübungsplätzen führen die Streitkräfte der DVR die abschließende Etappe der Panzerwettbewerbe zwischen Teams der Volksrepubliken durch.

In den letzten 24 Stunden wurden 37 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 38 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner drei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf das Gebiet von Oktjabrj abgeschossen, außerdem wurden die Gebiete von **Kominternowo, Sachanka und Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka wurde **Sajzewo** mit Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 261 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 796 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **24 Ortschaften der Republik** beschossen, in vier von ihnen wurden acht Häuser zerstört.

Im Verlauf der Woche **starben zwei Soldaten** bei der Verteidigung der Republik, **zwei wurden verletzt**.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verlegt weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie:

25 Panzer;

2 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

6 152mm-Artilleriegeschütze „Giazint-B“;

7 122mm-Haubitzen „D-30“.

Das Fehlen schwerer Waffen an den Lagerorten wird täglich in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten:

6 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

6 100mm-Geschützen MT-12 „Rapira“;

4 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

3 Geschütze 2A65 „Msta-B“.

Insgesamt wurde in der letzten Woche das Fehlen von 59 schweren Waffensystemen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die ukrainischen Strafruppen setzen die täglichen Beschüsse von Positionen der Streitkräfte der DVR und von Ortschaften der Republik mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen fort.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainischen Streitkräfte zielgerichtet mit Artillerie friedliche Stadtteilen und lebenswichtige Infrastrukturobjekte, deren Ausfall zu einer humanitären Katastrophe führt, beschießen. **Täglich** wurden die **Pumpstation erster Ebene der Jushno-Donbasskij-Wasserwerke und die Donezker Filterstation beschossen**.

Die Beschüsse solcher Objekte während eines gültigen Waffenstillstands zeigt direkt, dass die ukrainischen Strafruppen beabsichtigen, Tausende von Menschen ohne Wasser und ohne ein Dach über dem Kopf zu lassen.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, die militärisch-politische Führung der Ukraine zu zwingen, die unmenschlichen Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte gegenüber den Bürgern unserer Republik zu beenden!

Alle sind den Krieg leid und unsererseits tun wir alles uns Mögliche, um Frieden zu erreichen! Die Befehle über eine Einhaltung der Feueinstellung sowie zur Unterstützung der Arbeit der Vertreter der OSZE-Mission wurden von uns veröffentlicht und an das gesamte Personal der Streitkräfte der DVR gegeben! Wir kontrollieren täglich ihre Durchführung. Nach den massiven Beschüssen der Umgebung von Donezk in der letzten Woche zu urteilen, haben die Strafruppen der ukrainischen Streitkräfte im Gegensatz zu unseren Anstrengungen zur Erhaltung des Waffenstillstands nicht die Absicht, die Erfüllung der erreichten Vereinbarungen zu unterstützen.

Die ukrainische Führung unternimmt zielgerichtet nicht die notwendigen Maßnahmen zur

Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung. Dabei tut sie alles zur Weiterführung der Eskalation des Konflikts!

Um die Henker der ukrainischen Streitkräfte zu motivieren, hat Kiew wieder begonnen, sie mit leeren Versprechungen über finanzielle Zuschläge zu füttern und veröffentlicht überall Erklärungen über die Erhöhung der Bezüge der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, wenn sie Kampfaufgaben in der Zone der sogenannten ATO erfüllen.

Aber diese Personen verschweigen die Feinheiten des Erhalts dieser Zuschläge. Kandidaten für ihren Erhalt sind nur Soldaten, die unmittelbar Feueraufgaben durchführen, die bestätigt werden. Diese Bedingung ist eine Ursache der nicht endenden Beschüssen von der ukrainischen Seite während des Waffenstillstands. Die **blutigen Zuschläge werden jetzt für jeden Beschuss, jede zerstörte Technik, für jeden Getöteten gezahlt!**

Nach uns vorliegenden Informationen ist in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte ein **Schema sogenannter „abgesprochener Beschüsse“** populär geworden. Die Kommandeure von Brigaden und Bataillonen vereinbaren sich untereinander und beschießen gegenseitig ihre Positionen, dabei ziehen sie käufliche Journalisten heran, die an einem gutem Bild und Geldzahlungen interessiert sind. Dieses gesamte Spektakel wird festgehalten, in den Massenmedien veröffentlicht und als Erfüllung von Feueraufgaben und als Gefechte mit dem Gegner ausgegeben.

Obwohl die ukrainische Führung die Finanzierung der Truppenteile mit speziellen Aufgaben und der Strafteilungen der Nationalgarde erheblich erhöht hat, bleiben die regulären Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte ohne die nötige Finanzierung, was seinerseits zu einer Verschlechterung des moralisch-psychischen Zustands des Personal führt.

So hat der Soldat der 56. Panzergrenadierbrigade Kolomijtschuk Selbstmord begangen.

Während der Ermittlung wurde festgestellt, dass er vor seinem Dienst mehr als ein Jahr in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt wurde.

Zwei Soldaten der 25. Luftlandebrigade, der Feldwebel Oserow und der Soldat Timofejew, wurden während der Durchführung von Übungen auf einem Truppenübungsplatz von Kameraden, die aus der „ATO“-Zone zurückgekehrt waren, kaltblütig erschossen.

Die ukrainischen Propagandisten scheuen sich nicht, fiktive, zielgerichtet verdrehte Fakten über Verluste der eigenen Soldaten zu veröffentlichen. Nicht kampfbedingte Verluste gibt das Pressezentrum des Stabs der „ATO“ als Verluste bei Beschüssen von Seiten der der Streitkräfte der DVR aus.

So sind der Gefreite Kriwidenko und ein Scharfschütze der 2. Kompanie des 18. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade, als sie sich als Scharfschützenpaar zum Ort der Erfüllung der Kampfaufgabe begaben, auf eine Antipersonenmine geraten, die von ihren Kameraden installiert worden war. Eine solche Situation ist aufgrund der chaotischen Installation von Minen und dem Fehlen von Karten von Minenfeldern typisch für die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Dieser Fall wurden traditionsgemäß von Vertretern des Pressezentrums des Stabs der „ATO“ als Folge eines Mörserbeschusses von Krasnogorowka von Seiten der Einheiten der Streitkräfte der DVR ausgegeben.

Fälle von Selbstmord, Alkoholismus, Waffenhandel, bewaffneten Überfällen auf Kameraden und Drohungen mit Anwendung von Waffen durch Kommandeure gegenüber ihren Untergebenen sind in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte zu einer Massenerscheinung geworden. Ein Teil der Fälle wurde selbst in ukrainischen Massenmedien veröffentlicht. Und all dies ist eine Folge der Politik Kiews in Bezug auf seine Armee, die es in einen Krieg gegen das eigene Volk geworfen hat.

Die aktive Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte zur Durchführung von **Diversionen** unter Verwendung von **Gruppen, die in Uniformen russischen Typs gekleidet** sind, wurde fortgesetzt. Außerdem hat der Gegner im Gebiet von Peski und Schirokino Scharfschützengruppen verwendet, die mit **Gewehren von NATO-Art mit hoher Reichweite** ausgestattet sind, um unsere Einheiten zu erwidern Beschüsse zu provozieren, um dann

die DVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen. Mit der Ausbildung dieser Gruppe sind **Instrukteure aus NATO-Ländern** befasst, die der Taktik des Beschießens des Gegners und der friedlichen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ukrinform.ua: Polen als Mitglied des UN-Sicherheitsrats wird sich mit russisch-ukrainischem Konflikt befassen

Polen als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats werde 2018-2019 die Aufmerksamkeit der Länder der Welt auf die Einhaltung des Völkerrechts und die Regelung der Situation im Osten der Ukraine richten, erklärte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf das Außenministerium Polens. „Unsere Präsenz im UN-Sicherheitsrat wird sich hauptsächlich darauf konzentrieren, wie man die ganze Welt dazu bewegen kann, das Völkerrecht einzuhalten. Wenn wir aufhören, das Völkerrecht einzuhalten, werden wir die Welt in einen Dschungel verwandeln lassen, wo das Gesetz der Kraft herrscht. Der Sicherheitsrat befasst sich mit vielen Konflikten, die leider einen Platz in der Welt haben, und wenn das so ist, werden wir uns auch mit dem russisch-ukrainischen Konflikt befassen“, erklärte Waszczykowski.

Er hat angemerkt, dass Russland angeboten hat, die UN-Friedenstruppen im Osten der Ukraine zu stationieren. Polen versuche nun, diese Initiative zu bewerten. Waszczykowski kenne die Position der Ukraine in dieser Hinsicht nach einem letzten Treffen in Tallinn mit seinem ukrainischen Amtskollegen Pawlo Klimkin und jetzt wolle er Aufklärung von Russland bekommen.

de.sputniknews.com: "Bösartige Geschwulst": Motorradrennen „Nein zur Russophobie“ in Polen gestartet

In Polen ist am Freitag das Motorradrennen „Nein zur Russophobie“ gestartet. Das sagte sein Veranstalter Pjotr Radtke am Freitag gegenüber RIA Novosti.

„Das Motorradrennen ‚Nein zur Russophobie‘ dauert bis zum 19. September an. Wir werden Flugblätter verteilen, in denen wir erläutern werden, dass die russophobe Position aussichtslos ist“, sagte er.

Die in Polen tobende Russophobie sei eine bösartige Geschwulst am Körper des Staates, die durch die Kräfte, die sich als Demokratieschützer betrachten, künstlich ausgeweitet werde, so die Organisatoren der Aktion.

Der Start wurde in der Stadt Olsztyn gegeben, wo die Aktionsteilnehmer den Friedhof für im Zweiten Weltkrieg gefallene Soldaten der Roten Armee aufräumen werden. Das 1.500 Kilometer lange Motorradrennen soll in Warschau mit der Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten beendet werden.

Dan-news.info: Interview mit dem Direktor der Abteilung für Zivilverteidigung und Schutz der Bevölkerung des Zivilschutzministeriums der DVR, Mitglied der Gemeinsamen Inspektion zur Monitoring und zur Kontrolle des Sicherheitszustand der Unternehmen Wadim Kapustin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Internationale Organisationen müssen an der Arbeit zur Überprüfung der ökologisch gefährlichen Unternehmen des Donbass auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teil des Donezker Oblast teilnehmen, meint Kapustin.

„Es gibt nicht wenige Objekte, an denen eine solche Arbeit vorgenommen werden muss. Unsere Spezialisten können sie überprüfen und konkrete Vorschläge zur Normalisierung zu jedem Unternehmen oder jedem Territorium abgeben. Die Frage ist die Gewährleistung und die Sicherheitsgarantie der Arbeit der Spezialisten der Gemeinsamen Inspektion. Die Ukraine wird niemals solche Garantien abgeben. Deshalb schlagen wir vor, dass gesellschaftliche

Aktivisten und internationale Organisationen eine solche Inspektion durchführen“, sagte Kapustin.

Nach seinen Worten können Vertreter verschiedener Organe der UNO, der OSZE, des IKRK und anderer internationaler Institute die Inspektion der ökologisch gefährlichen Objekte im Donbass unterstützen. „Unter denen, die dies möchten, sind auch gesellschaftliche Organisationen auf dem zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorium, aber aus Sicherheitsgründen werden wir sie nicht nennen“, fügte der Vertreter des Zivilschutzministeriums hinzu.

„Informationsmitteilungen über die Situation, die an den gefährlichsten Industrieobjekten auf dem zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorium entstanden ist, wurde an den Weltgewerkschaftsbund weitergegeben. Jetzt werden die von uns zur Verfügung gestellten Informationen bearbeitet“, sagte Kapustin.

Derzeit werden auch Briefe an andere Organisationen vorbereitet.

de.sputniknews.com: Anti-Doping-Agenturen fordern Ausschluss Russlands von Olympia 2018

Führende nationale Anti-Doping-Organisationen haben den Ausschluss Russlands von den Olympischen Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang gefordert. Ein entsprechendes Statement hat die Nationale Anti-Doping Agentur Deutschlands (Nada) veröffentlicht.

Nach ihrem zweitägigen Treffen in der US-Stadt Denver (Colorado) erklärten die Vertreter von 17 Nationalen Anti-Doping Organisationen, darunter die deutsche Nada, Russland verletze bewusst die Regeln und beraube damit saubere Athleten ihrer Chancen.

Das russische Olympische Komitee (ROC) müsse zudem endlich das bisher zurückgehaltene Beweismaterial zu den zahlreichen russischen Dopingverdachtsfällen herausgeben, fordern die Agenturen. „Das IOC (das Internationale Olympische Komitee – Anm. d. Red.) und die WADA (die Welt-Anti-Doping-Agentur) müssen darauf drängen, dass Russland diese wichtigen zusätzlichen Beweise bereitstellt“, so die Nado-Vertreter.

Dabei habe man nichts dagegen, dass russische Sportler nach einem intensiven Dopingtest unter neutraler Flagge bei Olympia antreten, heißt es in dem Statement weiter.

Zugleich kritisierten sie die Passivität des IOC in dieser Frage. „Die Untätigkeit des IOC gefährdet die sauberen Athleten und die Zukunft der olympischen Bewegung.“

Bisher seien weniger als 100 der potenziellen 1000 russischen Dopingfälle abgeschlossen worden.

Am Mittwoch hatte die WADA angekündigt, 95 der ersten 96 untersuchten Fälle von angeblich gedopten russischen Athleten aus dem Bericht von Ermittler Richard McLaren nicht mehr zu verfolgen. Die verfügbaren Beweise seien unzureichend, um zu behaupten, dass diese 95 Athleten gegen die Anti-Doping-Richtlinien verstoßen hätten.

Der kanadische Anwalt Richard McLaren hatte 2016 eine zweiteilige Ermittlung im Auftrag der WADA vorgestellt. Danach sollen in Russland zwischen 2011 und 2015 über 1000 Sportler von Doping-Vertuschungen profitiert haben, darunter bei den Olympischen Spielen 2014 in Sotschi. Im Oktober werden die Ergebnisse erwartet. Im Anschluss sollen gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden. Die WADA hatte bis zuletzt einen Ausschluss der russischen Mannschaft von den Olympischen Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang gefordert.

de.sputniknews.com: USA wollen „Russlands Versuche der Internetkontrolle“ gesetzlich unterbinden

US-Abgeordnete haben im Kongress des Landes einen neuen Gesetzentwurf eingebracht. Das Ziel: die angeblichen Versuche Russlands und Chinas, das Internet unter Kontrolle zu halten,

zu unterbinden.

Das Dokument, das auf der Webseite des Koautoren und demokratischen US-Abgeordneten Eliot Engel veröffentlicht worden ist, sieht die Schaffung des Amtes eines US-Cyberraumbotschafters vor, der das US-Außenministerium in der Cyber-Diplomatie vertreten soll.

Dem Gesetzentwurf zufolge soll zudem die internationale Cyber-Politik entwickelt werden, deren Aufgabe es sei, die demokratischen Grundsätze voranzutreiben und die angeblichen russischen sowie chinesischen Versuche, das Internet zu kontrollieren, abzuwehren.

Falls das Dokument verabschiedet werde, solle das US-Außenministerium außerdem „Einschätzungen in Bezug auf die Internetfreiheit in seine jährlichen Berichte aufnehmen“, heißt es ferner.

Wie berichtet wurde, hatte Facebook vor Kurzem einen Blogeintrag über seine Recherche zu Russlands angeblichem Einfluss auf die US-Präsidentschaftswahl vom Vorjahr veröffentlicht und diese mit Zahlen unterlegt. Demzufolge sollen „russische Drahtzieher“ über Anzeigenplätze bei dem sozialen Netzwerk den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten beeinflusst haben. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow wies diese Vorwürfe zurück.

In den USA laufen noch immer Ermittlungen zu der angeblichen Einmischung Russlands in den US-Wahlkampf. Das FBI soll klären, ob es 2016 vor der US-Präsidentschaftswahl Absprachen zwischen Russland und Donald Trumps Wahlkampfteam gegeben hat. Der Kreml hat solche Vorwürfe bereits mehrfach zurückgewiesen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen, **Wochenrückblick**)

In der letzten Wochen wurde in den Berichten der OSZE-Mission das Fehlen folgender Technik der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten festgestellt:

10 Mehrfachraketenwerfer „Grad“; 12 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“; 8 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“; 6 122mm-Haubitzen D-30; 28 120mm-Mörser; 12 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“; 38 Panzer T-64 und T-72.

Wir sind überzeugt, dass Einheiten der ukrainischen Streitkräfte mit diesen Waffen regelmäßig das Territorium der LVR beschießen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte betreibt weiter Aufklärung entlang der Kontaktlinie unter Verwendung von Drohnen, im Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen.

Derzeit haben wir **sechs Drohnen erbeutet**. Alle sind in funktionsfähigem Zustand. Im Zusammenhang damit möchte ich den ukrainischen Freiwilligen für die Lieferung der Drohnen an die Truppenteile der Volksmiliz der LVR danken.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **59 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, darunter Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 292 Geschosse abgeschossen.

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung zehnmal verletzt und mehr als 40 Geschosse abgeschossen.

Im Vergleich zur Woche davor hat die **Zahl der Beschüsse um 22 zugenommen**. Verletzte und Tote unter den Soldaten und der friedlichen Bevölkerung sowie Zerstörungen von Infrastrukturen und Wohnhäuser durch die Beschüsse gibt es nicht.

In der letzten Woche wurden die Gebiete folgender Ortschaften von den ukrainischen Streitkräften beschossen: **Kalinowka, Losowoje, Kalinowo, Katerinowka, Donezkij, Molodjoshnoje, Frunse, Sokolniki, Shelobok, Slawjanoserbsk, Krasnyj Jar**.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10.

Gebirgstruppe der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch, der Kommandeur der

58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Drapatyj, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Shakun.

de.sputniknews.com: Telefonat zu Korea-Krise: Putin und Macron in mehreren Punkten einig
Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Freitag mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron telefoniert. Die Staatschefs betonten die Notwendigkeit, eine weitere Eskalation der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu verhindern. Dies meldet der Pressedienst des Kremls.

Eine Regelung sei nur durch direkte Gespräche möglich, betonten demnach die Präsidenten. „Die Staatschefs sind sich über die Unzulässigkeit einer weiteren Eskalation der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel einig, die gravierende Folgen nach sich ziehen würde“, hieß es.

Putin und Macron hätten auch die Notwendigkeit unterstrichen, diese äußerst komplizierte Lage „mit ausschließlich politischen und diplomatischen Maßnahmen“ zu regeln.

Am frühen Freitagmorgen führte Nordkorea einen neuen Raketenstart durch. Das Geschoss überflog demnach das japanische Territorium und stürzte 2000 Kilometer vor der japanischen Insel Hokkaido ins Meer. Nordkorea testete seine Rakete einen Tag nach der Verhängung neuer Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat.

Gleich nach Bekanntwerden des nordkoreanischen Raketentests zündete Südkorea als Reaktion eine eigene ballistische Rakete „Hyunmoo-2“.

de.sputniknews.com: FBI-Verhör von Sputnik-Ex-Mitarbeiter unzulässig - Moskau zu Reaktion berechtigt

Das Verhör des ehemaligen Mitarbeiters der russischen Nachrichtenagentur Sputnik, Andrew Feinberg, durch die US-Bundespolizei FBI ist laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, unzulässig. Moskau behalte sich das Recht vor, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Obwohl sich Washington ihr zufolge als „Schützer der Redefreiheit“ etabliert, „sehen wir, was in Wirklichkeit vor sich geht“.

„Das Verhör von Journalisten hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit ist unzulässig“, sagte Sacharowa.

„Der Druck der US-Behörden auf die russische Nachrichtenagentur ist ein offensichtlicher Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen im Bereich der Rede- und Pressefreiheit. Ein solch nicht motivierter Schritt ist für einen demokratischen Staat unannehmbar“, fügte Sacharowa hinzu.

„Wir behalten uns das Recht vor, auf dieses anstößige Vorgehen der US-amerikanischen Seite zu antworten.“

Zuvor hatten US-Medien berichtet, die US-Bundespolizei FBI habe den ehemaligen Mitarbeiter der russischen Nachrichtenagentur Sputnik, Andrew Feinberg, vernommen. Laut Yahoo News verschaffte sich das FBI zudem Zugriff auf einen dienstlichen Briefwechsel zwischen Feinberg und seinem ehemaligen Washingtoner Sputnik-Kollegen John Fionda. Das sei im Rahmen der Ermittlungen zu Berichten darüber geschehen, dass die Agentur angeblich als ein Mittel der russischen Propaganda diene und damit gegen die Richtlinien des Foreign Agents Registration Act (FARA) verstoße.

Das FBI selbst hat bisher die offizielle Anfrage, ob die Behörde gegen die Agentur ermittelt, nicht beantwortet.

Wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, steht die Vernehmung des ehemaligen Angestellten der Agentur Spuntik, Andrew Feinberg, im Widerspruch zu Meinungspluralismus und Pressefreiheit.

Sputnik-Chefredakteurin Margarita Simonjan kritisierte scharf die mutmaßlichen Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI gegen diese russische Nachrichtenagentur und zeigte

sich zuversichtlich, dass Russland derartige Maßnahmen gegen US-Journalisten unternehmen werde.

Ukrinform.ua: Lipton: IWF muss sich vom Fortschritt der Reformen in der Ukraine überzeugen

Der Vorstand des Internationalen Währungsfonds (IWF) müsse sicher sein, dass die Ukraine Fortschritte bei der Umsetzung des Reformplans macht, sagte der erste stellvertretende IWF-Chef, David Lipton, in einem Interview mit der ukrainischen Internetzeitung epravda.com.ua auf die Frage, ob die Ukraine mit der nächsten Tranche rechnen kann, und wann genau.

„Es ist jetzt sehr früh, um irgendwelche Vorhersagen diesbezüglich zu machen. Zuerst müssen wir sehen, dass die für diese Überprüfung des Programms notwendigen Reformen wirklich umgesetzt sind. Schließlich muss sich der IWF-Vorstand überzeugen, dass die Ukraine einen Progress bei der Umsetzung des Reformplans hat“, sagte Lipton.

de.sputniknews.com: **IWF fordert Antikorruptionsgericht in der Ukraine**

Der Vizevorsitzende des Internationalen Währungsfonds (IWF) David Lipton hat die ukrainische Regierung aufgerufen, ein Antikorruptionsgericht zu etablieren, um die Korruption im Land zu bekämpfen.

„Die Gründung eines Antikorruptionsgerichtes ist ein wichtiger nächster Schritt. Wir rufen die Regierung in Kiew auf, das zu tun“, sagte Lipton in einem Interview mit der ukrainischen Online-Zeitung „Epravda“ am Freitag.

Es seien eine starke Anklage, ordnungsgemäße Richter und das Ausführen von Gerichtsentscheidungen notwendig. „Das ist kein leichter Prozess“, räumte der IWF-Vize ein. Zuvor hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) mitgeteilt, dass er bereit sei, der Ukraine eine weitere Tranche zu überweisen, wenn sie einige Vorbedingungen erfüllen werde.

Ukrinform.ua: EBWE-Präsident: Es ist die Zeit, dass Ukraine mit Halbformen aufhört

Die Ukraine müsse die Reformen intensiver durchführen, deren Tempo relativ langsam bleibe, erklärte der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Suma Chakrabarti, in seiner Rede auf dem jährlichen YES-Forum, berichtet ein Ukrinform Korrespondent.

„Die Ukraine muss endlich mit der langjährigen Praktik der Halbformen aufhören. Die Reformen können nicht ein Selbstzweck sein. Sie sollen zur nachhaltigen Entwicklung der Ukraine beitragen. Aber dafür muss man die letzten Hindernisse für Investitionen im Land demontieren. Diese Jahre haben wir die Umsetzung dieser Reformen gefördert. Aber wir spürten ständig einen Widerstand“, sagte Chakrabarti.

Er betonte, dass die Ukraine mehr für den Schutz der Eigentumsrechte tun und den Kampf gegen die Korruption verstärken muss. „Dafür muss die Ukraine mehr tun, wenn sie will, aus der Zone des Dunkels rauskommen“, meint der EBWE-Präsident.

Ria.ru: Der Pressesekretär des Präsidenten der RF Dmitrij Peskow kommentierte Mitteilungen in einer Reihe von Massenmedien über eine geplanten Stopp der Hilfe für den Südosten der Ukraine durch Moskau zugunsten der Finanzierung von Projekten auf der Krim und in Kaliningrad. Er erklärte, dass davon „nicht die Rede sein kann, nicht die Rede ist und nicht die Rede sein wird“.

Nach den Worten Peskows ist die Rede nur von einer Umverteilung. „Das heißt nicht, dass es irgendwelche Kürzungen zugunsten von irgendwas geben wird, die Rede ist nur von einer Regulierung“, sagte er.....

„Aus humanitären Erwägungen wird sich Russland weiter um diese Menschen kümmern, die aufgrund eines Bürgerkriegs von ihrem eigenen Land abgetrennt wurden“, unterstrich der

Pressesekretär.

Peskow weigerte sich, den Umfang der Finanzierung zu nennen, die in die Unterstützung der selbst ausgerufenen DVR und LVR geht. „Nein, das kann ich nicht sagen, ich verfüge nicht über solche Zahlen“, sagte er auf Fragen von Journalisten.

Nach Auffassung des Bevollmächtigten der DVR in der Kontaktgruppe zur Ukraine Denis Puschilin ist die Umverteilung und Regulierung der Hilfe aus Russland zielführend, weil die humanitäre Situation in der DVR sich seit 2014 erheblich geändert hat. Er merkte an, dass die Unternehmen, die unter äußerer Leitung gestellt wurden, begonnen haben zu arbeiten, die Produktion hat zugenommen, ebenso Warenverkehr und Umsatz von Industrieprodukten. „Die humanitäre Situation in der DVR unterscheidet sich heute erheblich von der Lage in den Jahren 2014 bis 2016. Entsprechend ändern sich auch die humanitären Bedürfnisse der Republik“, sagte Puschilin gegenüber Ria.

Das Zivilschutzministerium der DVR teilte mit, dass keinerlei offizielle Mitteilungen über eine Einstellung oder Umverteilung der humanitären Lieferungen eingegangen sind. „Die Abteilung zur Leistung humanitärer Hilfe des Zivilschutzministeriums der DVR setzt die Arbeit mit den humanitären Konvois aus der RF fort wie zuvor, ohne Veränderungen“, erklärte das Ministerium.

de.sputniknews.com: Angst vor russischem Manöver „Zapad 2017“? Lettland ermahnt Bürger zu „Wachsamkeit“

Lettische Bürger haben sich über „mögliche verdächtige Militärhandlungen“ beschwert, wie das Portal Delfi am Freitag unter Berufung auf die Sicherheitspolizei des Landes berichtet. Laut Medienberichten hatte dieser Geheimdienst angesichts der laufenden russisch-weißrussischen Manöver „Zapad 2017“ die Bürger Lettlands darum gebeten, ihn über bewaffnete Personen, darunter Soldaten, deren Uniform keine Erkennungszeichen hat, und über ihren jeweiligen Aufenthaltsort auf dem lettischen Territorium zu informieren.

Die eingegangenen Informationen würden dann von der Sicherheitspolizei überprüft, heißt es. Es liegen noch keine offiziellen Kommentare zu diesem Thema vor.

Am Donnerstag war die aktive Phase der russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad 2017“ gestartet worden, die bis zum 20. September dauern sollen.

Die lettische Sicherheitspolizei richtet besondere Aufmerksamkeit auf die Spiele, die eine militärische Aktivität simulieren. Die Behörde ruft die Bürger Lettlands auf, während der Übungen wachsam zu bleiben und zu jeder Tageszeit verdächtige Fälle telefonisch oder per E-Mail zu melden.

Dnrsovet.su: Die Initiative des Präsidenten der RF Wladimir Putin zur Stationierung eines Friedenstruppenkontingents hat der Ukraine alle Karten durcheinandergebracht, erklärte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin im Programm „Ohne Krawatten“ beim Fernsehsender „Oplot TW“.

„In der Kontaktgruppe hat die russische Seite erklärt, dass der Stationierung eines UN-Friedenstruppenkontingents eine politische Regelung vorausgehen muss - die „Formel Steinmeier“ muss realisiert werden. Und Wladimir Wladimirowitsch Putin hat, damit der Konflikt mit Hilfe politischer Instrumente beendet werden kann, vorgeschlagen: wenn Sie Friedenstruppen wollen, so führen Sie eine Trennung der Kräfte, die politischen Punkte der Vereinbarungen durch – und dann können wir Friedenstruppen stationieren. Und Sie sehen, wie das Geschrei von Seiten der Ukraine losging und nicht nur, weil ihnen das alle Karten durcheinanderbringt.

Wie soll das aussehen? Pjotr Poroschenko erklärt als unglückliches Opfer lautstark, wie nötig Friedenstruppen im Donbass sind. Ihn unterstützen die USA, aber natürlich sollen in jener Resolution Friedenstruppen auf dem gesamten Territorium der DVR und der LVR sein. Aber Russland erinnert sich an Jugoslawien und kann darauf nicht eingehen. Und in den weltweiten

Massenmedien wurde das Bild so dargestellt „Putin ist gegen den Frieden, gegen Friedenstruppen, Putin ist für den Krieg!“. Aber jetzt gibt es eine andere Situation“, sagte Denis Puschilin.

Ukrinform.ua: Poroschenko: UN-Friedenstruppen sind praktisch die einzige Möglichkeit zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko erklärte heute während des 14. jährlichen internationalen Forums „Yalta European Strategy – YES“, die Ukraine habe nicht die Absicht, jemanden anzugreifen, aber der Aggressor müsse viel teurer bezahlen, wenn er die Vereinbarungen von Minsk brechen werde, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Hilfe von den USA, die UN-Friedensmission im Donbass, ist nicht nur die defensive Bewaffnung, obwohl das unsere Verteidigungsfähigkeit deutlich erhöhen wird. Wir wollen niemanden angreifen, das ist inakzeptabel für uns, aber wir bestätigen die Tatsache, dass der Aggressor viel mehr wird bezahlen müssen, wenn er die Vereinbarungen von Minsk brechen und gegen uns gehen wird. Ich bin der Präsident des Friedens, wir wollen Frieden, deshalb sind wir sehr darauf konzentriert, unsere Initiative zu fördern, die Friedenstruppen in den Donbass einzuführen“, sagte der Präsident.

Ihm zufolge muss die UN-Friedensmission unzweifelhaft auf dem ganzen Territorium des besetzten Donbasses zusammen mit der Kontrolle der ukrainisch-russischen Grenze arbeiten. Dies wird möglich machen, den weiteren Zustrom von russischen Söldnern und Waffen in den Donbass zu verhindern.

Dnrsovet.su: Kommentar des Abgeordneten des Volkssowjets Walerij Skorochodow zu den nicht zur Ruhe kommenden Befürchtungen wegen einer möglichen Anwesenheit einer UN-Mission im Donbass:

Heute sind genau zehn Tage vergangen, seitdem der Präsident der RF Wladimir Putin eine Initiative bezüglich einer Friedensmission der UNO im Donbass vorgebracht hat, und das Interesse am Thema lässt nicht nach, was im heutigen höchst schnellen Medienfluss nicht häufig ist.

Seine Auffassung zu dem Problem äußerte auch der Generalsekretär der OSZE Thomas Greminger – wegen der Gefährdung seiner „Schützlinge“ ist ja die ganze Angelegenheit entstanden. Und gerade zur rechten Zeit, denn einige haben schon begonnen zu vergessen, warum die „Blauhelme“ im Donbass notwendig sind (wenn sie notwendig sind). Die OSZE-Mission ist nach den Erklärungen ihrer Vertreter nicht immer in der Lage, ihre Verpflichtungen - die Verletzungen der Feuereinstellung durch die Seiten festzustellen – im vollen Umfang zu erfüllen – aufgrund von Sicherheitsfragen. Es ist völlig offensichtlich, dass zur Erfüllung dieser Aufgabe man sich vor allem an der Kontaktlinie befinden muss, so dass gerade von dem Schutz der OSZE-Beobachter in diesem „Korridor“ die Rede ist.

Natürlich müssen sie an die Frontlinie gelangen, deshalb ist auch die Frage der Hinzufügung von irgendwelchen Verkehrswegen hinzugekommen. Aber die OSZE muss natürlich überhaupt kein Monitoring an der Grenze mit der RF betreiben, wie es die Ukraine und die USA vorschlagen, weil es dort keine Kämpfe gibt. All diese Momente müssen ein Ergebnis direkter Vereinbarungen mit den Vertretern der Republiken sein. Außerdem muss der UN-Sicherheitsrat die Mission beschließen.

Deshalb hat Thomas Greminger erklärt, „wenn man auf verschiedene Vorschläge schaut, so gibt es noch kein deutliches Verständnis und der Prozess, eine solche Entscheidung zu treffen, wird schwierig sein“.

Also, ob eine „Blauhelm“-Mission im Donbass durchführbar (oder im Gegenteil undurchführbar) ist, wird die Diskussion in internationalen Zusammenhängen auf verschiedenen Ebenen zeigen, einschließlich des Minsker Formats. Und dies unterstreicht ein

weiteres Mal, dass trotz der Sabotage des Verhandlungsprozesses durch die Ukraine „Minsk“ unzweifelhafte Vorzüge für die Verdeutlichung und die Verteidigung der Positionen der Volksrepubliken hat.

Kprf.ru: Erklärung des Vorsitzenden des ZK der KPRF G. A. Sjuganow

In der UNO wird ein Vorschlag Russlands über die Stationierung eines Friedenstruppenkontingents dieser Organisation an der Kontaktlinie in der Konfliktzone im Donbass erörtert. Das US-Außenministerium fordert bereits, dass das Mandat und die Stationierung der Friedenstruppen sich auf das gesamte Territorium der beiden Republiken erstrecken muss. Die ukrainische Regierung schlägt vor, ein UN-Kontingent an der Grenze zwischen dem Donbass und Russland zu stationieren.

Faktisch ist die Rede von der Besetzung der LVR und der DVR durch NATO-Truppen. Es ist klar, dass diese „Friedenstruppen“ in der Realität durch amerikanische Generäle und Diplomaten kommandiert werden und das Gerüst der „Friedenstruppen“ werden NATO-Soldaten aus der Zahl der bösartigsten Russophoben stellen.

Derzeit ist in der Konfliktzone bereits eine OSZE-Mission aktiv, die eine Beendigung des Blutvergießens unterstützen sollte. Aber sie stellt nur Verstöße fest und versucht dabei in jeder Weise, die Verantwortung auf beide Seite zu legen. Dabei ist gut bekannt, dass gerade die LVR und die DVR nachdrücklich zum Frieden streben und die „Partei des Krieges“ in Kiew die Hoffnung nicht verliert, den Konflikt auf gewaltsame Weise zu lösen. Eine weitere Heranziehung äußerer Kräfte in den Konflikt im Donbass wird die Lage dort nur verschlechtern. Sich mit einer NATO-Invasion auf sein Territorium einverstanden zu erklären, bedeutet die zu verraten, die mutig und mit voller Kraft gegen die Bandera-Truppen kämpfen. Ein UN-Mandat wurde bereits mehrfach zu Zwecken benutzt, die den Idealen dieser Organisation widersprechen. So war es Anfang der 1950er Jahre in Korea, wo die USA unter der Flagge der UNO eindrang. Unter dieser Flagge wurde auch die fortschrittliche Regierung von Patrice Lumumba im Kongo liquidiert. Unter der Deckung westlicher „Friedenstruppen“ wurden grausame Untaten gegen Serben in Kroatien, Bosnien, der Republik Serbien und besonders im Kosovo verübt. Unter der Losung „Verteidigung der Demokratie“ wurden der Irak und Libyen zerstört, ihre Führung vernichtet, Syrien mit Krieg überzogen.

Und auf was für Zugeständnisse ist die Führung der RF eingegangen, als sie versucht hat, ihre neuen „Freunde“ zu befriedigen: sie haben das strategisch wichtige Funkaufklärungszentrum auf Kuba liquidiert, die Marinebasis in Vietnam geschlossen, es zugelassen, dass die NATO das Baltikum in seine Netze gezogen hat. In der Folge hat Russland nun NATO-Basen an seinen Grenzen und immer stärkere Sanktionen.

Es ist klar, dass die Extremisten in der Führung der „unabhängigen“ Ukraine die Absicht haben, auch weiter zynisch die Minsker Vereinbarungen zu verletzen, neue Aktivitäten durchzuführen, die eine friedliche Regelung im Donbass ausschließen. So wird der Gesetzesentwurf zum Verbot der russischen Sprache in den Mittelschulen die Lage in der Ukraine noch weiter verschärfen. Und gerade das Verbot zur Verwendung der russischen Sprache als zweite Staatssprache hat die Verschärfung der Situation im Donbass provoziert. Die KPRF meint, dass die Einmischung äußerer Kräfte, darunter auch unter der Flagge von Friedensschaffung, den Interessen sowohl der Bevölkerung der DVR und der LVR als auch der Russlands widerspricht. Versuche, den Donbass in die zerfallene Ukraine zu treiben, sind nicht hinnehmbar. Das Problem des Donbass muss auf der Grundlage der Anerkennung des Willens der überwältigenden Mehrheit seiner Bevölkerung gelöst werden.

Russland muss die Wahl des Volkes der DVR und der LVR anerkennen und seinen Kampf für seine unveräußerlichen Rechte fest unterstützen.

Abends:

de.sputniknews.com: **Poroschenko schreibt der Ukraine „historische Berufung“ auf die Fahne**

Laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist es die „historische Berufung“ der Ukraine, zu einer Ostgrenze der europäischen Zivilisation zu werden.

Der Staatschef schrieb am Freitag auf seiner Facebook-Seite: „Unsere Berufung besteht darin, zu einer Ostgrenze der europäischen Zivilisation, einem Mitförderer für die europäische und die globale Sicherheit sowie zu einem Triebwerk der kontinentalen Wirtschaft zu werden.“

Kiew werde auf eine vollwertige Mitgliedschaft in der EU und der Nato zusteuern, so Poroschenko. „Das ist eine echte Garantie für die Unabhängigkeit, die Souveränität, den Wohlstand und das Gedeihen der Ukraine“, fügte der Staatschef hinzu.

Die Leiterin der Parlamentsfraktion der Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“), Julia Timoschenko, hatte am 26. Juni erklärt, die Ukraine könne bis zum Jahr 2019 nicht mehr existieren, sollten im Land keine vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

Laut einer Studie, die die soziologische Forschungsgruppe „Rating“ Anfang Juni veröffentlichte, vertreten 85 Prozent der Einwohner der Ukraine die Meinung, dass sich das Land im Chaos befinde. 65 Prozent der Umfrageteilnehmer sehen die Hauptursachen dafür in fehlender Professionalität und in der Korruption.